

Ombudsstelle SRG.D

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung
Kurt Schöbi, Co-Leitung
c/o SRG Deutschschweiz
Fernsehstrasse 1-4
8052 Zürich

E-Mail: leitung@ombudsstellenrgd.ch

Zürich, 16. Juni 2022

Dossier Nr 8808, Nachrichten um 08.00 Uhr vom 28. Mai 2022, «Treffen der Waffenlobby»

Sehr geehrter Herr X

Besten Dank für Ihr Schreiben vom 28. Mai 2022, worin Sie obige Sendung wie folgt beanstanden:

«Ich bin schockiert über die extrem einseitige und unreflektierte Berichterstattung über das Treffen der Waffenlobby in den Nachrichten auf srf3, ohne jede Einordnung und Gegenargumente, mit Donald Trump als Zugpferd.

SRF fällt meiner Meinung mal wieder auf den Mechanismus "Hauptsache Aufmerksamkeit" herein.

Zum Beispiel wäre als Gegenposition interessant, dass es ist in unzähligen Studien belegt ist, dass die Zahl der Waffen in den USA in der Anzahl der Toten direkt zusammenhängt, wäre aber halt mit Recherchearbeit verbunden. Oder eine gute Position wäre auch, dass die Polizei offenbar viel zu spät reagiert hat.

Die Position von Waffengegnern wird aber einfach weggelassen, aus Zeitgründen? Der Beitrag erweckt so den Eindruck, dass die Position der Gegner der Waffengesetze eine kleine Gruppe unbedeutender Leute ist, die nichts zu sagen haben. Zudem kann der Eindruck entstehen, dass srf somit Position bezieht.»

Wir haben Ihre Kritik **der Redaktion** zur Stellungnahme zugestellt. Sie schreibt Folgendes:

Der Beanstander bezieht sich auf einen Kurzbeitrag in der Morgensendung «News3» zum Jahrestreffen der US-Waffenlobby. Laut dem Beanstander hat SRF dabei die Position der Schusswaffenlobbyisten übernommen. Das stellen wir entschieden in Abrede.

Der Beitrag beginnt mit Originaltönen von einer Kundgebung von Befürwortern strengerer Waffengesetze. Im Beitrag selbst kommen dann in der Tat der Geschäftsführer der National Rifle Association, Wayne LaPierre sowie Ex-Präsident Donald Trump zu Wort. Also die beiden wichtigsten Redner auf dem Treffen der Lobbyorganisation, die mehr als fünf Millionen Mitglieder zählt und die Wahlkämpfe republikanischer Politiker mit zig Millionen Dollar unterstützt. Es handelt sich also um eine überaus einflussreiche Organisation.

Indem SRF über deren Argumentation berichtet, schliessen wir uns dieser hingegen in keiner Weise an. Der ganze Beitrag nimmt eine kritische Haltung ein. Grundaussage: Obschon soeben dieses Massaker stattfand, obschon die USA einmal mehr die Tragödie eines Schulmassakers erlebten, ist das rechte politische Lager nicht bereit, daraus nachhaltige Lehren zu ziehen. Es empfiehlt stattdessen ausschliesslich, Symptomtherapie anzuwenden, etwa indem Schulen zu Quasi-Festungen ausgebaut werden.

Es widerspräche unseren Werten fundamental, die Position der National Rifle Association oder von Ex-Präsident Trump in dieser Frage zu übernehmen. Und wir kennen die statistischen Zahlen sehr wohl, die einen Zusammenhang zwischen Schusswaffenbesitz und solchen Massakern nahelegen – häufig in Schulen, oft aber auch auf andere Einrichtungen. Es ist eine Tatsache, die wir immer wieder aufgreifen, dass die USA das einzige rechtsstaatlich-demokratische Land sind, in dem Schüler regelmässig fürchten müssen, beim Schulbesuch erschossen zu werden. Etwas, das auch US-Präsident Joe Biden dieser Tage mehrfach betonte – und was wir zitiert haben. Es ist nicht zu leugnen, dass es sich längst nicht mehr um Einzelfälle handelt.

Die Tragödie von Uvalde führte in unseren Programmen zu einer ganzen Reihe von Beiträgen. Darunter eine kritische Analyse von USA-Korrespondentin Isabelle Jacobi am Morgen nach dem Massenmord, dann zur Berichterstattung über die National Rifle Association und am Sonntagabend zu einem ausführlichen Bericht, aufgehängt an Joe Bidens Besuch in Texas bei den Eltern der getöteten Kinder. In all diesen Beiträgen vertraten wir mit Überzeugung eine äusserst kritische Position zur «Laissez-Faire»-Politik des rechten politischen Lagers. Es gehört aber auch zu unserer Aufgabe, in unserer Berichterstattung die Kernaussagen der Befürworter eines grenzenlosen Rechts auf Schusswaffenbesitz dem Publikum darzulegen. Nur so lässt sich die derzeit heisslaufende Debatte in den USA abbilden.

Die Ombudsstelle hat sich die «Nachricht» ebenfalls genau angehört und sich mit Ihrer Kritik befasst. Sie hält abschliessend fest:

Jeder Nachricht liegt ein Ereignis zugrunde, das deren Inhalt wie auch die Schlagzeile bestimmt. Bei der beanstandeten Nachricht war dies die Jahrestagung der US-Waffenlobby-Organisation National Rifle Association NRA. Sie fand nur drei Tage nach dem Massaker mit 21 Todesopfern in einer Schule in Texas statt. Weil das Massaker auch an der Tagung ein Thema war, nimmt SRF diesen Aspekt ebenfalls in ihrer Nachricht auf. Dabei ist aber nicht das Massaker selbst im Fokus – darüber wurde in den Tagen zuvor ausführlich berichtet

(siehe Auflistung in der Stellungnahme der Redaktion) – sondern die Reaktion der NRA darauf.

Anmoderation der Nachrichten:

«SRF drei. Das sind die Nachrichten von SRF um acht. Guten Morgen. Die US Waffenlobby reagiert auf das neueste Schulmassaker. Statt Waffen verbieten, will sie mehr bewaffnete Sicherheitsleute an den Schulen. 19 Kinder und zwei Lehrerinnen sind diese Woche erschossen worden, bei einem Massaker in einer Schule in Texas. Und nun, nur drei Tage später, versammelt sich im selben US-Bundesstaat die mächtige Schusswaffenlobby, die National Rifle Association. Das Timing ist Zufall, und die Botschaft der NRA ist klar wie immer: das Recht, Waffen zu tragen, dürfe niemals eingeschränkt werden. Aus Washington berichtet Fredy Gsteiger.»

Die Kernbotschaft der Nachricht kommt bereits in der Anmoderation zum Ausdruck: Bei der NRA ändert auch das neuste Massaker nichts an der Einstellung zum Tragen von Waffen. Das (Fehl)-Verhalten der Polizei war hingegen nicht das dominante Thema der Tagung, weshalb es entgegen der Erwartung des Beanstanders nachvollziehbar ist, dass dieser Kritikpunkt in dieser Nachricht nicht weiterverfolgt wurde.

Auch wenn die Waffengeegner nicht explizit mit einem Statement zu Wort kamen – was in einer Nachricht auch nicht zwingend erforderlich ist – so brachte SRF die Kontroverse zum Tragen von Waffen mit folgendem Zitat dennoch auf den Punkt: *«Schrecklich sei der Angriff auf die Kinder gewesen. Doch nun würden zynische Politiker die Tränen der Trauerfamilien ausnützen. Sie wollten Amerikanerinnen und Amerikanern ihr verfassungsmässiges Recht zum Waffentragen rauben. Dabei seien andere Massnahmen viel dringlicher: und zwar Psychopathen zügig wegzusperren, Schulen mit Gittern, Mauern und Panzertüren zu sichern, mit bewaffneten Sicherheitsleuten und Durchleuchtungsschleusen. Da müsse man ansetzen, so Trump und viele andere Republikaner, nicht beim Schusswaffenbesitz.»* SRF bezieht keine Position, SRF informiert und ermöglicht den Zuhörer:innen, sich eine eigene Meinung zu bilden.

Einen Verstoss gegen die Sachgerechtigkeit gemäss Art. 4 Abs. 2 des Radio- und Fernsehgesetzes können wir nicht feststellen.

Wir danken Ihnen für Ihr Interesse am öffentlichen Sender und hoffen, dass Sie diesem trotz Ihrer Kritik treu bleiben.

Sollten Sie in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio- und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsbelehrung zukommen.

Mit freundlichen Grüssen

Ombudsstelle SRG.D